

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	21
1. Kapitel: Die Entwicklung der Gesetzeslage und die Ausgestaltung der Verwaltungspraxis	25
A. Die Entwicklung der Gesetzeslage	25
B. Die Ausgestaltung der Verwaltungspraxis	28
C. Öffentliche Reaktionen auf die Verwaltungspraxis und Ziele der Arbeit	32
2. Kapitel: Die gesetzlichen Regelungen zur Sicherheitsbefragung	36
A. Die Rechtsgrundlage für die Durchführung der Sicherheitsbefragung	36
I. Erforderlichkeit einer gesetzlichen Regelung - Erhebung personenbezogener Daten	37
1. Erhebung personenbezogener Daten	37
2. Das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts	38
3. Der weitere Schutzbereich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und sich hieraus ergebende Folgen	39
4. Erforderlichkeit einer gesetzlichen Grundlage für die Durchführung einer Sicherheitsbefragung	40
II. Die gesetzliche Grundlage für die Durchführung einer Sicherheitsbefragung	40
1. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die gesetzliche Regelung	40
a) Bestimmtheit und Klarheit der gesetzlichen Regelung	40
b) Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	41
2. § 54 Nr. 6 AufenthG als Rechtsgrundlage	41
3. § 86 AufenthG als Rechtsgrundlage	42
a) § 86 AufenthG als Grundtatbestand	44
b) § 86 AufenthG als Ermächtigungsnorm	45
c) Stellungnahme	45
4. Verfassungsmäßigkeit des § 86 AufenthG - Der Grundsatz der Normenbestimmtheit und Normenklarheit	46
a) Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des § 86 AufenthG	47
b) § 86 AufenthG als verfassungsgemäße Rechtsgrundlage	47
	9

c) Stellungnahme	47
5. Verfassungsmäßigkeit des § 86 AufenthG - Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	51
B. Rechtspflicht zur Teilnahme und Mitwirkung an der Sicherheitsbefragung	61
I. Rechtspflicht gemäß § 54 Nr. 6 AufenthG	62
1. Rechtspflicht in § 54 Nr. 6 AufenthG impliziert	62
2. Stellungnahme	63
II. Rechtspflicht gemäß § 26 Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes oder entsprechender Regelungen der Bundesländer	64
III. Rechtspflicht gemäß § 86 AufenthG	66
1. Mitwirkungsverpflichtung nach § 86 AufenthG	66
2. Stellungnahme	66
IV. Rechtspflicht gemäß § 82 Abs. 1 Satz 1 AufenthG	66
1. Die Beseitigung von Ausreisehindernissen	67
a) Verpflichtung zur Beseitigung von Ausreisehindernissen nach § 82 Abs. 1 Satz 1 AufenthG?	67
b) Stellungnahme	69
2. Reiseunfähigkeit aufgrund Erkrankung	71
a) Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Feststellung des Gesundheitszustandes nach § 82 Abs. 1 Satz 1 AufenthG?	71
b) Stellungnahme	72
3. Die Ehe als Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels	73
a) Freiwilligkeit der Angaben	75
b) Keine Verpflichtung zur Beantwortung der Fragen trotz grundsätzlicher Mitwirkungspflicht	75
c) Stellungnahme	75
4. Die Mitwirkung und Teilnahme an der Sicherheitsbefragung	80
a) Keine Rechtspflicht zur Beantwortung der gestellten Fragen	83
b) Stellungnahme	84
aa) Rechtspflicht zur Beantwortung der gestellten Fragen bei Beantragung eines Aufenthaltstitels	84
bb) Rechtspflicht unabhängig von einem Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels	87
C. Die Vorladung zur Sicherheitsbefragung nach § 82 Abs. 4 AufenthG	90
 3. Kapitel: Regelungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Sicherheitsbefragung	 92
A. Das Auskunftsverweigerungsrecht bei Durchführung einer Sicherheitsbefragung	92
I. Verfahrensrechtliche Regelungen in § 54 Nr. 6 AufenthG	94
II. Auskunftsverweigerungsrecht nach § 26 Abs. 2 Satz 4 VwVfG	

Baden-Württemberg und nach entsprechenden Regelungen der Bundesländer Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen	95
1. Grundsätzliche Anwendbarkeit des § 26 Abs. 2 Satz 4 VwVfG BW und anderer Länder bei Durchführung einer Sicherheitsbefragung	97
2. Hintergrund der Regelung des § 26 Abs. 2 Satz 4 VwVfG BW und anderer Länder - Zwang zur Angabe aufgrund einer Rechtsvorschrift	98
a) Datenerhebung mit und ohne Zwangsmittel	99
b) Die Datenerhebung durch Durchführung einer Sicherheitsbefragung	100
aa) Die Gemeinschuldner-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	100
(1) Das Auskunftsverweigerungsrecht für Zeugen, Prozessparteien und Beschuldigte	101
(2) Einschränkungen des Rechts auf Auskunftsverweigerung	102
bb) Die weitere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts - Rechtlicher Zwang zur Auskunft	104
cc) Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Verwertbarkeit von Angaben aus dem Asylverfahren	106
dd) Unterscheidung in der Literatur: Erzwingbare und nicht erzwingbare Mitwirkungspflichten im öffentlich-rechtlichen Verfahren	106
ee) Das Auskunftsverweigerungsrecht nach § 26 Abs. 2 Satz 4 VwVfG BW bei der Sicherheitsbefragung	107
III. Das verfassungsrechtlich begründete Auskunftsverweigerungsrecht	112
1. Verpflichtung zur Selbstanzeige	112
2. Keine Pflicht zur Selbstanzeige	113
3. Stellungnahme	114
a) Das verfassungsrechtlich begründete Zeugnisverweigerungsrecht	116
b) Das verfassungsrechtlich begründete Auskunftsverweigerungsrecht bei der Sicherheitsbefragung	118
IV. Der Schutz vor Selbstbelastung aus europarechtlichen Vorgaben	127
1. Die Stellung der EMRK im Recht Deutschlands	127
2. Art. 6 EMRK in der Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	129
a) Der Schutzbereich des Art. 6 EMRK	131
aa) Zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen	132
bb) Entscheidungen über strafrechtliche Anklagen	133

b) Die Eröffnung des Schutzbereichs und Rechtsfolgen der Verletzung des Art. 6 EMRK bei der ausländerrechtlichen Sicherheitsbefragung	135
aa) Art. 6 EMRK und Entscheidungen im Asylverfahren sowie über die Einreise, den Aufenthalt und die Abschiebung von Ausländern	135
bb) Art. 6 EMRK und die ausländerrechtliche Sicherheitsbefragung	138
(1) Verletzung von Art. 6 EMRK bei der Sicherheitsbefragung	143
(2) Rechtsfolgen der Verletzung des Rechts auf Selbstbelastungsfreiheit nach Art. 6 EMRK	147
3. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften zum Schutz vor Selbstbelastung	150
a) Die Orkem-Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften	150
b) Die Mannesmann-Entscheidung des Europäischen Gerichts erster Instanz	152
c) Stellungnahme	152
4. Ergebnis	155
B. Fragen im Zusammenhang mit dem Auskunftsverweigerungsrecht	155
I. Die Belehrung über das Auskunftsverweigerungsrecht	155
1. Kein allgemeiner Rechtsgrundsatz einer Belehrungspflicht	156
2. Belehrung nach § 25 Abs. 1 Satz 2 VwVfG des Bundes oder entsprechender Vorschriften der Landesverwaltungsverfahrensgesetze	157
3. Notwendigkeit einer Belehrung aus allgemeinen rechtsstaatlichen Grundsätzen	157
4. Stellungnahme - Belehrungspflicht im Rahmen der Sicherheitsbefragung	158
a) Keine unmittelbare oder analoge Anwendung von § 136 Abs. 1 Satz 2 StPO	158
b) Keine unmittelbare Anwendung von § 55 Abs. 2 StPO	158
c) Belehrungspflicht aus ungeschriebenen Rechtsgrundsätzen	159
II. Fragen im Zusammenhang mit der Ausübung des Auskunftsverweigerungsrechts	164
1. Der Umfang des Auskunftsverweigerungsrechts	164
a) Das Auskunftsverweigerungsrecht nach § 26 Abs. 2 Satz 4 VwVfG BW	164
b) Das Auskunftsverweigerungsrecht aus Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG	165
2. Die Ausübung des Auskunftsverweigerungsrechts	169
3. Die Rechtsfolgen der Ausübung des Auskunftsverweigerungsrechts	170

4. Kapitel: Die Voraussetzungen für die Durchführung einer Sicherheitsbefragung	171
A. Die Verwaltungspraxis in Deutschland	171
B. Die Rechtmäßigkeit der Sicherheitsbefragung im Einzelfall	172
I. Die Einhaltung der Grenzen der Ermächtigungsgrundlage im Einzelfall und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	174
1. Das Vorliegen von Sicherheitsbedenken und	174
2. Die Erforderlichkeit der Datenerhebung für die Aufgabenerfüllung	174
a) Unzulässigkeit der Datenerhebung ohne Einzelfallprüfung	174
b) Zulässigkeit der Datenerhebung ohne Einzelfallprüfung	175
c) Stellungnahme	176
3. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn	178
4. Ergebnis	179
5. Kapitel: Datenschutzrechtliche Anforderungen im Zusammenhang mit der Sicherheitsbefragung	181
A. Die Erhebungsvorschriften der Datenschutzgesetze	181
I. Information über die Zweckbestimmung der Datenerhebung	182
II. Information über die maßgeblichen Rechtsvorschriften	183
1. Hinweise bei einer Datenerhebung aufgrund einer Rechtsvorschrift, die zur Auskunft verpflichtet	183
2. Aufklärung über die Rechtsvorschrift, aufgrund deren die Datenerhebung erfolgt, sowie Hinweise bei Bestehen einer Auskunftspflicht	184
3. Hinweis oder Aufklärung bei einer Datenerhebung aufgrund einer Rechtsvorschrift	184
4. Stellungnahme	184
B. Die Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen in der Praxis	185
I. Anwendbarkeit des Datenschutzgesetzes	186
II. Information über die Zweckbestimmung der Datenerhebung	186
III. Aufklärung über die Rechtsvorschrift, aufgrund deren die Datenerhebung erfolgt	187
1. Benennung der Rechtsvorschrift nicht erforderlich	187
2. Benennung der Rechtsvorschrift erforderlich	188
3. Stellungnahme	188
a) Grammatikalische Auslegung	188
b) Systematische Auslegung	189
c) Teleologische Auslegung	189
IV. Aufklärung über die der Auskunftspflicht zu Grunde liegende Rechtsvorschrift	191

V. Hinweis auf die Auskunftspflicht	191
VI. Besonderheiten bei der Datenerhebung aufgrund eines Erhebungsvordrucks	193
6. Kapitel: Die Rechtsfolgen einer Sicherheitsbefragung	194
A. Die Ausweisung aus dem Bundesgebiet wegen falscher oder unvollständiger Angaben nach § 54 Nr. 6 AufenthG	194
I. Verdacht der Unterstützung des Terrorismus	196
1. Verdacht im Rahmen des § 54 Nr. 5 AufenthG	197
2. Stellungnahme - Verdacht im Rahmen des § 54 Nr. 6 AufenthG	197
II. Subjektive Elemente im Tatbestand des § 54 Nr. 6 AufenthG	202
1. Falsche oder unvollständige Angaben über Verbindungen zu Personen oder Organisationen, die der Unterstützung des Terrorismus verdächtig sind	202
a) Erkenntnishorizont des Ausländers	202
b) objektiv falsche oder unvollständige Angaben	203
c) Stellungnahme	203
2. Das Verheimlichen früherer Aufenthalte in Deutschland oder anderen Staaten - Vorsatz als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal	206
a) Terroristische Motive	207
b) Beliebige Motive	207
c) Stellungnahme	208
III. Verschulden	209
1. Verschulden als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal	209
2. Stellungnahme	210
IV. Nachträgliche Korrektur der Angaben	210
1. Wegfall des Ausweisungstatbestandes durch nachträgliche Korrektur	210
2. Weitere Auffassungen zur nachträglichen Korrektur	211
3. Stellungnahme	212
V. Weitere Fragen im Zusammenhang mit der Ausweisung nach § 54 Nr. 6 AufenthG - Auflösung der genannten Problemfelder	214
1. Berücksichtigung des Gewichts falscher oder unvollständiger Angaben sowie weiterer Umstände	214
2. Falschangaben als erhebliches Sicherheitsrisiko	216
3. Stellungnahme	217
a) § 54 Nr. 6 AufenthG als Regelausweisungstatbestand	218
b) Besonderer Ausweisungsschutz	220
c) Verhältnismäßigkeitsprüfung	223
B. Die Rechtsfolgen bei Verweigerung der Mitwirkung	224
I. Die Ausweisung nach § 54 Nr. 6 AufenthG	225

1. Verweigerte Angaben sind unvollständigen Angaben gleichzusetzen	225
2. Stellungnahme	226
II. Die Ausweisung nach § 55 Abs. 2 Nr. 1b) AufenthG	230
1. Verletzung von Obliegenheiten ist nicht ausreichend	230
2. § 55 Abs. 2 Nr. 1b) AufenthG erfasst sämtliche Mitwirkungsverpflichtungen	231
3. Stellungnahme	231
III. Die Ausweisung nach § 54 Nr. 5 AufenthG	233
IV. Die Ablehnung eines Aufenthaltstitels	235
 7. Kapitel: Zusammenfassung	 237
8. Kapitel: Lösungsvorschläge	239
Literaturverzeichnis	243